Die Migrationsströme sind politisch gewollt

auch in der Schweiz

Wie die UNO und unsere Diplomaten den Bevölkerungsaustausch vorantrieben

Ein Artikel des Vereins WIR zur Aufklärung über das UNO-Dokument „Replacement Migration“ (2001) und den **Globalen Migrationspakt von 2018:**

Warum wir diesen Text JETZT veröffentlichen – und warum er jeden angeht

Der Text, den wir hier unter die Lupe nehmen, ist kein vergessenes Pamphlet eines obskuren Think Tanks. Es ist das **offizielle UNO-Dokument „Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration“** – abgestimmt im Juli 2018, unterzeichnet im Dezember desselben Jahres. Die Schweiz war nicht nur dabei, sie war **Co-Autorin**. Kaum jemand hat je öffentlich darüber debattiert. Warum? Vielleicht, weil der Text Sprengstoff enthält.

Heute wird in Deutschland jene Partei, die AfD, die Begriffe wie „Bevölkerungsaustausch“ verwendet, vom Verfassungsschutz beobachtet und als “gesichert rechtsextremistisch“ betitelt. Dabei ist genau dieser Prozess, technisch als **„Replacement Migration“** bezeichnet, ein UNO-Programm, das bereits **2001** als offizielles Planspiel vorgestellt wurde. Damals fiktiv. Heute real. Ist die UNO damit auch gesichert rechtsextremistisch?

Wie passt das zusammen? Wer diese Agenda kritisiert, wird mundtot gemacht. Wer sie exekutiert, wird als fortschrittlich gefeiert. Wir finden: **Genug der Heuchelei**.

Der Mann hinter dem Vertrag – der stille Architekt

Jürg Lauber. Ein Name, den kaum jemand kennt. Und doch war dieser Mann **einer der beiden Hauptarchitekten des Globalen Migrationspakts der UNO**. In einem offiziellen Schreiben vom 11. Juli 2018 übermittelte Lauber als ständiger Vertreter der Schweiz bei der UNO gemeinsam mit seinem mexikanischen Kollegen den **finalen Vertragsentwurf an alle Mitgliedstaaten**. Das PDF trägt seinen

Namen, seine Signatur, seine Handschrift.

Lauber war also **nicht einfach Teilnehmer**, sondern **zentraler Autor** dieses Papiers. Und dieses Papier hat es in sich:

- Es propagiert Migration als **grundsätzlich positives, schützenswertes und förderungswürdiges Phänomen** – egal aus welchem Grund.
- Es fordert Staaten auf, **aktive Werbemassnahmen** für Migration zu unternehmen.
- Es verpflichtet Medien indirekt zur **konformen Berichterstattung**, sonst droht der Entzug von öffentlicher Förderung (Ziel 17).
- Es stellt **keine Unterscheidung mehr zwischen Flucht, Asyl und wirtschaftlicher Migration** her.

Das Ganze wird als „nicht rechtsverbindlich“ deklariert, doch gleichzeitig erklärt Lauber im UNO-Brief:

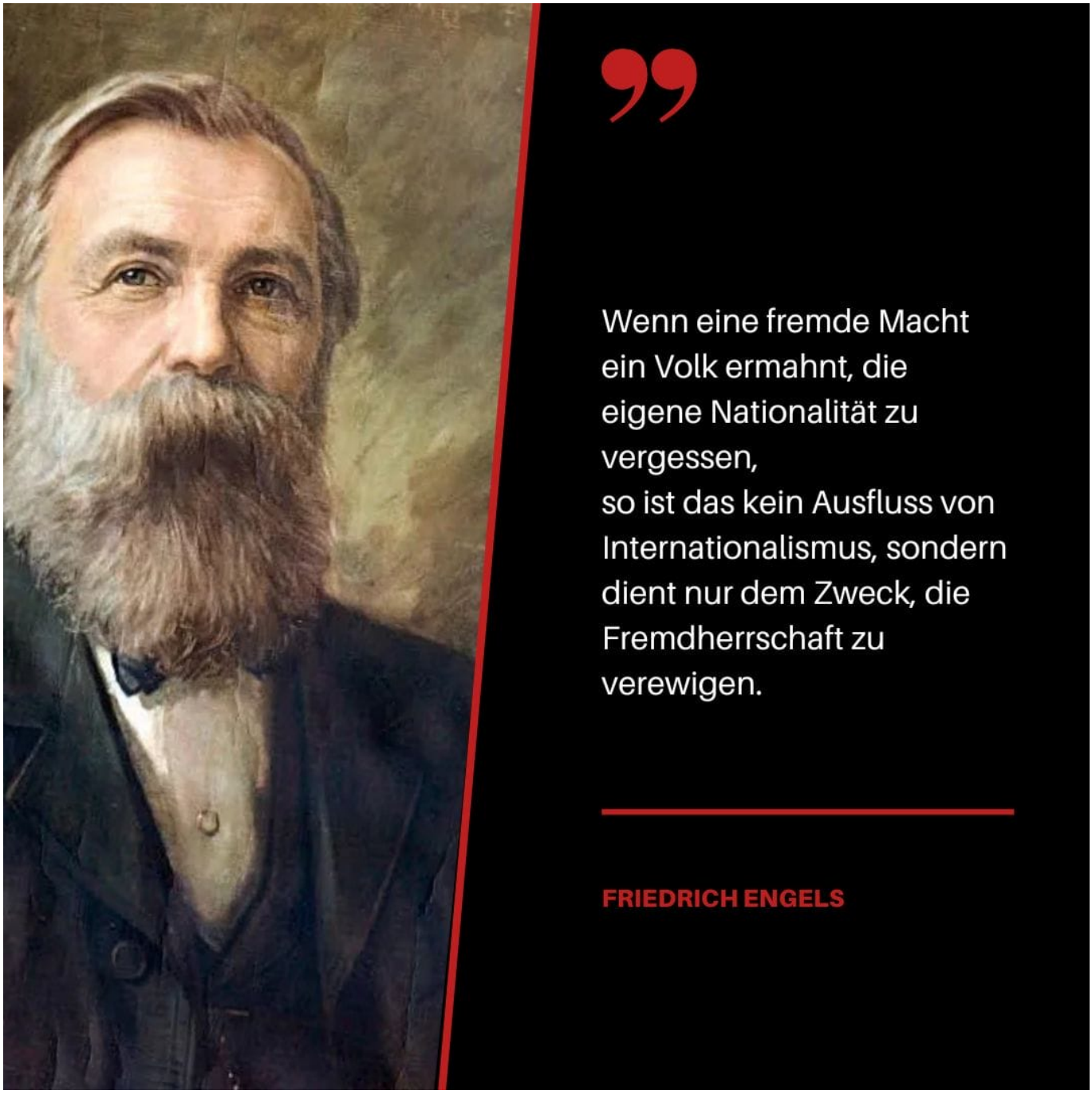
„Der Pakt wird über Jahre hinweg Referenzpunkt und Grundlage für reale Veränderungen vor Ort sein.“

> Und die Schweiz? Hat mitgeschrieben, mitgetragen, mitverschwiegen.

Die Schweiz war in vorderster Reihe. **Ein schweizer Diplomat schreibt mit an einem globalen Vertrag**, der Migration zu einem faktischen Menschenrecht erklärt – und niemand klärt das Volk darüber auf. Kein Referendum. Kein Parlamentsbeschluss. Kein Bericht der SRG. Kein Warnhinweis der Verwaltung. Kein Faktenblatt des Bundesamts für Migration.

Und jetzt, wo die Folgen dieser Politik sichtbar werden – in Form von Parallelgesellschaften, explodierenden Sozialkosten, wachsender Unsicherheit, Spannungen im öffentlichen Raum und Frust in der Bevölkerung – sagen viele Politiker:

> *„Huch, das haben wir gar nicht kommen sehen!“*



WIR sagen: Heuchlerischer geht’s nicht.

Die Wahrheit ist: **Man hat es kommen sehen. Man hat es geplant. Man hat es umgesetzt.** Und die zentralen Figuren wie Lauber sind dabei nicht ahnungslose Beamte, sondern ideologisch hochvernetzte Akteure, die ganz genau wissen, was

sie tun. Und was sie verschweigen.

Realität statt Rhetorik

Wenn Migration zur Bevölkerungspolitik wird

Was wie eine Verschwörung klingt, ist ein offizielles UNO-Dokument mit der schlichten Frage im Titel:

„Replacement Migration: Is It a Solution to Declining and Ageing Populations?“

Veröffentlicht im Jahr 2001 vom Department of Economic and Social Affairs der Vereinten Nationen. Es geht nicht um humanitäre Hilfe, Asyl oder Integration. Sondern um kalte, technokratische Bevölkerungsverwaltung durch Migration.

> Der Plan: Bevölkerung schrumpft? Dann ersetzen wir sie eben.

Die Ausgangslage: Fast alle westlichen Gesellschaften *(inkl. Japan und Südkorea)* haben eine Geburtenrate unter dem sog. „Replacement Level“ von 2,1 Kindern pro Frau. Die Bevölkerung altert und schrumpft.

Die Lösung aus Sicht der UNO:

- Erwerbsbevölkerung ersetzen
- Rentenverhältnisse stabilisieren
- Bevölkerungsrückgang durch Migration ausgleichen

Das Ganze nennt sich „Replacement Migration“ – übersetzt: **Ersatzmigration**. Oder Bevölkerungsaustausch.

Nebelkerze mit Agenda

Humanitär bemäntelt, technokratisch durchkalkuliert

Die UNO spricht gerne von Schutzbedürftigen und globaler Solidarverantwortung. Doch das ist nur die Oberfläche. In Wahrheit geht es um Demografie-Management

mit migrationspolitischen Mitteln. Das ist kein Zufall, sondern Teil eines grösseren Plans:

- Migration wird zur **Korrekturschraube** in Renten- und Sozialsystemen.
- Bevölkerungen werden **nicht gefragt**, sondern verwaltet.
- Kritiker werden moralisch **abgeschossen**, bevor die Debatte beginnt.

Die sechs UNO-Migrationsszenarien im Überblick

Die Studie berechnet für acht Länder und zwei Regionen *(EU, Europa)* sechs „hypothetische“ Szenarien. Alle basieren auf der Prämisse: *Wie viele Migranten müssten aufgenommen werden, um demografische Kennzahlen zu stabilisieren?*

1. **Szenario I**: Status quo *(UN-Mittelwertprognose inkl. Migration)*
2. **Szenario II**: Nullmigration ab 1995
3. **Szenario III**: Migration, um die **Gesamtbevölkerung** konstant zu halten
4. **Szenario IV**: Migration, um die **erwerbsfähige Bevölkerung** *(15–64)* stabil zu halten
5. **Szenario V**: Migration, damit das **Verhältnis Arbeitende/Rentner** nicht unter 3:1 fällt
6. **Szenario VI**: Migration, um das **aktuelle Verhältnis** Arbeitende/Rentner **voll zu erhalten** *(PSR konstant)*

Letzteres ist das „harte“ Szenario – und offenbart die wahre Dimension:

- **EU**: 674 Mio Migranten bis 2050 (13,5 Mio pro Jahr)
- **Deutschland**: 181 Mio
- **Italien**: 113 Mio
- **Japan**: 524 Mio (!)
- **USA**: 593 Mio

Wenn zwei sich streiten, freut sich der Dritte

In dieser globalen Verschiebung spielt nicht nur Demografie eine Rolle, sondern Strategie. Es geht auch um Kontrolle. Um Spaltung. Um ein globales Gleichgewicht, das von wenigen gesteuert wird. Wenn lokale Bevölkerungen sich mit importierten Krisen und internen Konflikten abmühen, bleibt keine Kraft, sich gegen

transnationale Machtverschiebungen zu wehren.

Der gezielte Import junger, oft islamisch geprägter Männergruppen ist nicht einfach humanitäre Hilfe. Es kann – in dieser Grössenordnung – als **soziopolitisches Störinstrument** gelesen werden:

- Polarisierung der Gesellschaft
- Destabilisierung der Rechtsordnung
- Mobilisierung neuer Loyalitäten *(gegen Nationalstaaten, für supranationale Programme)*

In diesem Sinne ist Replacement Migration mehr als Bevölkerungspolitik. Es ist ein Werkzeug in einem hybriden Machtspiel.

Demokratie? Debatte? Fehlanzeige.

Diese Bevölkerungsstrategien wurden nie breit politisch diskutiert. Kein Referendum. Keine Abstimmung. Kein öffentlicher Diskurs darüber, ob Menschenmassen als Korrekturfaktor für demografische Statistiken eingesetzt werden sollten.

Während Bürger, die einen „Bevölkerungsaustausch“ vermuten, diffamiert werden, benutzt die UNO selbst ganz offiziell den Begriff „Replacement Migration“. Doppelmoral? Definitiv.

Was Replacement Migration in der Schweiz heute schon bedeutet

Auch wenn die UNO-Studien global formuliert sind – die Folgen dieser Politik sind in der Schweiz längst spürbar. Ein paar Beispiele:

- Zuwanderung: In den letzten zehn Jahren sind rund 1 Million Menschen in die Schweiz eingewandert – das entspricht der gesamten Bevölkerung von Zürich plus Luzern.
- Asylsystem: 2023 wurden über 30.000 Asylgesuche gestellt – mehr als doppelt so viele als noch 2019. Die Bundesasylzentren sind chronisch überlastet.
- Sozialkosten: In gewissen Städten wie Lausanne oder Biel sind bis zu 90 % der Sozialhilfeempfänger ausländischer Herkunft.
- Männerüberschuss: Bei jungen Migranten zwischen 18 und 35 herrscht ein starkes Ungleichgewicht – was sich direkt auf das Sicherheitsgefühl im

öffentlichen Raum auswirkt.
- Integration? Klassenzimmer mit 90 % Nicht-Schweizer Anteil, Wartezeiten in Spitälern, überfüllte Unterkünfte – das ist kein Randphänomen mehr.

All das ist keine natürliche Entwicklung, sondern direkte Folge politischer Steuerung – gestützt auf UNO-Vorgaben und nationale Anpassung.

Was wir stattdessen fordern

Unsere Alternativen

Wir vom Verein WIR sagen klar: Migration muss möglich sein – aber im Sinne der Schweiz, nicht im Sinne globaler Machtzentren. Unsere Vorschläge:

- Qualifizierte Einwanderung nach Bedarf – wie in Japan oder Kanada
- Hilfe vor Ort statt globaler Umsiedlung – echte Flüchtlingshilfe im Nahen Osten und Afrika
- Rückkehr zum Völkerrecht – keine „Soft Law“-Verpflichtungen durch UNO-Pakte ohne Volksentscheid
- Demokratie vor Global Governance – nationale Selbstbestimmung muss Vorrang haben

Migration ist kein Schicksal. Es ist eine politische Entscheidung. Und die muss demokratisch legitimiert sein.

Die 5 grössten Mythen über den UNO-Migrationspakt

1. **„Der Pakt ist doch freiwillig.“**
   → Ja – aber er schafft politischen, medialen und juristischen Druck. Er wird in Gerichtsentscheide, Richtlinien und Förderprogramme eingebaut.
2. **„Es geht nur um Flüchtlinge.“**
   → Falsch. Der Pakt unterscheidet ausdrücklich *nicht* zwischen Kriegsflüchtlingen und Wirtschafts- oder Klimamigranten.
3. **„Der Pakt verpflichtet niemanden.“**
   → In der Praxis doch: Behörden, Verwaltungen, Medien und NGOs handeln längst danach.
4. **„Die Schweiz kann jederzeit aussteigen.“**
   → Formal ja – politisch fast unmöglich ohne massive Debatte. Ausstieg wurde

nie ernsthaft thematisiert.

5. **„Kritik am Migrationspakt ist rassistisch.“**
   → Ein Totschlagargument zur Vermeidung von Diskussion. Kritik ist legitim, faktenbasiert und notwendig – gerade im Interesse echter Hilfe für Schutzbedürftige.

Wer hier Parallelen zum WHO-Pandemieabkommen sieht, liegt richtig!

Ein Blick zurück

Der ominöse Brief von Albert Pike an Giuseppe Mazzini (1871)

Wenn heute von einem bewusst inszenierten „Clash of Civilizations“ zwischen dem Westen und dem politischen Islam gesprochen wird, dann lohnt sich ein Blick in ein fast 150 Jahre altes Dokument. Der US-amerikanische General und Freimaurer **Albert Pike** soll 1871 in einem Brief an den italienischen Revolutionär **Giuseppe Mazzini** drei grosse Weltkriege vorhergesagt haben.

Die Beschreibung des dritten Weltkriegs ist besonders bemerkenswert:

+Der Dritte Weltkrieg muss durch die Ausnutzung der Unterschiede zwischen den Zionisten und den Führern der islamischen Welt herbeigeführt werden. Der Krieg muss so gelenkt werden, dass sich der Islam (die muslimische arabische Welt) und der politische Zionismus gegenseitig zerstören. […] Gleichzeitig werden andere Nationen, erneut gezwungen, sich bis zum Punkt der völligen Erschöpfung in diese Auseinandersetzung einzumischen, physisch, moralisch, spirituell und wirtschaftlich ausgelaugt. Wir werden die Nihilisten und Atheisten entfesseln, und wir werden ein grosses gesellschaftliches Chaos provozieren […], damit die Bürger […] die wahre Lehre Luzifers empfangen.“



(Quelle: Bibliothek des British Museums – häufig bestritten, aber in Freimaurerkreisen mehrfach zitiert).

Es lohnt sich auf jeden Fall, den Brief in voller Länge zu lesen.

Unabhängig davon, ob dieses Dokument echt oder strategisch gestreut ist – es beschreibt exakt die Weltlage ab 2001:

- Der gezielte Aufbau eines künstlichen *Feindbilds* (Islamischer Terrorismus)
- Die Destabilisierung durch Massenzuwanderung
- Die Polarisierung der Gesellschaft
- Die religiöse und kulturelle Eskalation
- Der Ruf nach globaler Ordnung als „Lösung“

Was wie Verschwörung klingt, ist das Drehbuch unserer Gegenwart. Und wer heute die Frage stellt, ob der Bevölkerungsaustausch Teil dieser grösseren Agenda ist, sollte sich nicht den Mund verbieten lassen – sondern noch viel lauter fragen:

Wem nützt es?

WIR fragen:

Wer entscheidet über unsere Zukunft?

Die UNO präsentiert Massenmigration als mathematische Stellgrösse in einem globalen Planspiel. Doch was ist mit den betroffenen Bevölkerungen, Kulturen, Gemeinwesen? Wo bleibt die Demokratie? Die Subsidiarität? Die nationale Selbstbestimmung?

Unsere Haltung:

- WIR fordern **volle Transparenz** über internationale Bevölkerungspläne.
- WIR bestehen auf dem **Recht auf Mitbestimmung**.
- WIR lehnen den **Missbrauch von Migration als Werkzeug zur Systemstabilisierung** ab.

WIR bleiben wachsam.